



Zu TOP VII. Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

Betrifft: Sicherung der Versorgung pflegebedürftiger Menschen

BESCHLUSSANTRAG

Von: Vorstand der Bundesärztekammer

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE BESCHLIESSEN:

Anlässlich eines der kommenden Deutschen Ärztetage wird ein Tagesordnungspunkt das Thema:

"Sicherung einer umfassenden Versorgung pflegebedürftiger Menschen - Bestandsaufnahme und Verbesserung ihrer Betreuungssituation in medizinischer, pflegerischer und sozialer Hinsicht" behandeln.

Angesichts der stetig steigenden Zahl zu pflegender alter, schwerkranker und dementer Patientinnen und Patienten soll dieser Tagesordnungspunkt zeitnah aufgegriffen werden.

Begründung:

Dank des medizinischen Fortschrittes steigt die Lebenserwartung unserer Bevölkerung stetig an. Hierdurch erhöht sich aber auch kontinuierlich die Zahl derjenigen kranken Kinder und alten Menschen, der Multimorbiden, Schwerstbehinderten und Demenzen, die ständig auf Pflege und Betreuung angewiesen sind. 650 000 Menschen leben derzeit in Deutschland in Pflegeheimen, eine weitaus größere Zahl wird von Angehörigen und Pflegediensten zuhause betreut, darunter etwa 1 Mio. demente Patientinnen und Patienten.

Betroffene klagen immer wieder über eine angeblich unzureichende ärztliche, pflegerische wie soziale Versorgung. Dies resultiert vor allem aus einer mangelhaften Finanzierung von Pflegeheimen und häuslichen Pflegekräften, aus einer in bestimmten Regionen weg brechenden ärztlichen Versorgung und als Folge eines Mangels an qualifizierten Pflegekräften. Neben einer großen Anzahl von Initiativen und Organisationen, die sich bereits mit dem Problemkomplex befassen, greift auch die Deutsche Ärzteschaft dies auf. Denn es ist Teil des ärztlichen Selbstverständnisses, unseren Patientinnen und Patienten durch Prävention und Früherkennung ein möglichst gesundes Alter und bei Pflegebedürftigkeit und schwerer Krankheit eine hochwertige Versorgung zu ermöglichen.

Dies umfasst neben professioneller ärztlicher Tätigkeit auch die optimale Aus-, Fort- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten und Angehörigen anderer beteiligten Gesundheitsberufe sowie Information und Intervention (bei) der Politik.

Angenommen Abgelehnt Vorstandsüberweisung Entfallen Zurückgezogen Nichtbefassung

Stimmen Ja: Nein: Enthaltungen: